Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 244. Freitag, 17. Oktober 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die politische Bedeutung der Zeppelinfahrt.

Berlin. In den Berliner politischen Kreisen bildet gegenwärtig der ungeheure Erfolg, den das Luftschiff „Z. R. 3" mit seiner glänzend geglückten Amerikafahrt erzielt hat, das Tagesgespräch. Selbst die ernste Regierungskrise, in der sich das Reich gegenwärtig befindet, tritt weit in den Hintergrund angesichts der großen Bedeutung, die der Amerikafahrt des Luftschiffes auch in politischer Hinsicht zukommt. Schon jetzt liegen aus Amerika zahlreiche Stimmen vor, aus denen hervorgeht, daß **die glänzende Leistung des Luftschiffes innerhalb Amerikas eine ungeheure Propaganda für Deutschland** eingeleitet hat, die zweifellos zu einer **politischen und wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Amerika außerordentlich viel beitragen** wird. Das Interesse Amerikas an dem Wiederaufbau Deutschlands ist mit einem Schlage wachgerufen, und man sieht aus den zahlreichen Kundgebungen der amerikanischen politischen Oeffentlichkeit, daß man dort **die Bedeutung Deutschlands wieder zu schätzen beginnt.** Es ist ein offenes Geheimnis, daß Amerika bereits anläßlich der Londoner Konferenz seinen ganzen Einfluß in die Wagschale geworfen hat, um die Bedingungen der Londoner Abmachungen zugunsten Deutschlands wenigstens abzumildern. Diese Bestrebungen werden wesentlich dadurch gefördert, daß die amerikanische öffentliche Meinung gerade durch die glanzvolle Leistung des „Z. R. 3" von der Ueberzeugung durchdrungen wird, wie außerordentlich wichtig ein in seinen ungeheuren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten ungehemmtes Deutschland für die Weltpolitik ist. In den unterrichteten Berliner Regierungskreisen hat man den Eindruck, daß nunmehr ein erheblicher Fortschritt in der Befestigung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten eingetreten ist, der den außenpolitischen Interessen des Reiches in der nächsten Zukunft von großem Nutzen sein wird.

Auf der anderen Seite ist ganz unverkennbar, daß **zwischen Deutschland und Frankreich wegen der erfolgreichen Zeppelinfahrt eine neuerliche ernste Spannung eintreten** wird. Die französische Regierung Herriot übt zwar die größte Zurückhaltung und vermeidet es aufs peinlichste, ihre Mißstimmung gegenüber Deutschland zum Ausdruck zu bringen, aber umso heftiger spricht sich die französische Presse aus, die von der französischen Regierung verlangt, daß sie auf der Zerstörung der Zeppelinwerft in Friedrichshafen bestehe. Im Berliner Auswärtigen Amt verfolgt man mit einiger Besorgnis diese Entwicklung der französischen Opposition gegen die Aufrechterhaltung des deutschen Luftschiffbaues, doch ist man geneigt, die Dinge nicht allzu pessimistisch zu sehen. Die deutsche Regierung wird selbstverständlich ihre gesamte Energie anwenden, um die Erhaltung der Zeppelinwerft zu erreichen, und sie wird allen erdenklichen Einfluß aufbieten, um die französische Regierung zu einem Verzicht auf die Vernichtung der Friedrichshafener Anlagen zu veranlassen. Man hält es hier für sehr wahrscheinlich, daß schon in nächster Zeit wegen dieser Frage ernste Auseinandersetzungen bestehen, aber man glaubt, der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegensehen zu können. Die französische Politik scheint übrigens viel zu klug zu operieren, als daß sie aus dieser Frage einen Streitfall konstruieren würde, der alle bisher in den Hintergrund gestellten Prestigeangelegenheiten wieder hervortreten lassen würde. Es ist auch nicht anzunehmen, daß Frankreich allein die Forderung auf die Vernichtung der Zeppelinwerften offiziell zur Geltung bringen wird. Vielmehr hat man in den deutschen diplomatischen Kreisen den Eindruck, daß die französische Regierung durch Fühlungnahme mit den anderen Mächten ein einheitliches Vorgehen der Alliierten in dieser Frage herbeizuführen wünscht. Nach Lage der Dinge kann man aber voraussehen, daß diese Schritte keineswegs zu einer einheitlichen Forderung der alliierten Mächte auf Zerstörung der Friedrichshafener Anlagen führen werden.

Erörterungen über öffentliche Fürsorge.

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten wurden die Grundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge weiter erörtert. Den Mittelpunkt der Aussprache bildete der Umstand, daß der Regierungsentwurf es bei der Finanzlage des Reiches ablehnt, eine Einheitsfürsorge vorzunehmen, die alle Hilfsbedürftigen ohne Rücksicht auf Art und Ursache der Not gleich behandelt. **Der Regierungsentwurf will den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, den Kleinrentnern und Sozialrentnern die Bevorzugung durch die sogenannte gehobene Fürsorge erhalten.** Die Reichsregierung erklärte sich finanziell außerstande, die bisherige Armenpflege vom Reiche zu einer gehobenen Wohlfahrtspflege umzugestalten. Dadurch sind aber die einzelnen Länder nicht gehindert, für alle Hilfsbedürftigen eine gehobene Wohlfahrtspflege einzuführen. Verschiedene Anträge der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten, die entgegen der Regierungsvorlage eine Erweiterung der gehobenen Fürsorge, teilweise sogar die Einbeziehung der bisherigen Armenpflege in die gehobene Fürsorge, also eine allgemeine Nivellierung erstrebte, wurden abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag des Abg. Andrä (Z.), wonach in den Grundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß der Fürsorge besondere Vorschriften vorgesehen werden sollen, welche die **bisherigen Ansprüche** der Kleinrentner, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen **auf eine gehobene Fürsorge sicherstellen** und zugleich die Möglichkeit vorsehen und erleichtern, auch anderen Kreisen von Hilfsbedürftigen eine derartige Fürsorge zuteil werden zu lassen.

Die Sorgen um die Regierungsumbildung.

Die Verhandlungen auf einem toten Punkt angelangt.

Berlin, 17. Oktober. Die Verhandlungen über die Umbildung der Reichsregierung sind nunmehr endgültig ergebnislos abgebrochen worden. Reichskanzler Dr. Marx hat den Führern der Regierungskoalition mitgeteilt, daß er nach der erfolgten Aussichtslosigkeit seine Bemühungen aufgegeben habe und die weiteren Entscheidungen in die Hände des Reichskabinetts lege. Wie wir hören ist die Situation augenblicklich äußerst ernst, da nach Lage der Dinge das Verbleiben des Kabinetts Marx-Stresemann völlig in Frage gestellt ist. Die Entscheidung darüber, ob das Reichskabinett zur Auflösung des Reichstags schreiten wird, steht unmittelbar bevor. Vorläufig soll noch versucht werden, die Fortführung der Regierungsgeschäfte durch das Kabinett Marx-Stresemann bis zur Entscheidung des Reichstages zu sichern. Ob diese Bemühungen zu einem Erfolg führen werden, ist vor der Hand noch zweifelhaft.

Die abgesagte Besprechung beim Kanzler.

)(**Berlin.** Die Parteiführerbesprechungen mit dem Reichskanzler, die Donnerstag abend um 6 Uhr stattfinden sollten, wurden noch im letzten Augenblick abgesagt. **Sie sollen nun erst am Freitag stattfinden.**

Die **Deutsche Volkspartei** vertagte daraufhin ihre Fraktionssitzung, die seit ½6 Uhr im Gange war, auf Freitag nachmittag 4 Uhr. Die **Demokraten**, die am Freitag vormittag zusammentreten wollten, verschoben ihre Sitzung ebenfalls auf nachmittag 3 Uhr. Die **Deutschnationalen** hielten ebenfalls am Nachmittag eine nur kurze Sitzung ab und vertagten sie dann ohne besondere Beschlußfassung.

Berlin. (Funkspruch.) Im Reichstage war man am heutigen Tage der Ansicht, daß die Verhandlungen bezüglich einer Regierungserweiterung augenblicklich auf einem toten Punkt angekommen sind. Die gestern abgebrochene Kabinettssitzung ist noch nicht fortgesetzt worden. Auch die Parteiführer sind bisher zu einer Besprechung beim Reichskanzler nicht eingeladen worden. — Die **Deutschnationale Reichstagsfraktion** trat um 10 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen, vertagte sich aber gleich wieder auf nachmittags 5 Uhr. — Die **Demokraten** traten um 2 Uhr nachmittags zusammen, die **Deutsche Volkspartei** um 4 Uhr, das Zentrum und die anderen Fraktionen haben heute keine Fraktionssitzungen angesetzt.

Die demokratische Reichstagsfraktion

hielt am Donnerstag nachmittag nur eine kurze Sitzung ab. Dabei kam zum Ausdruck, daß die Fraktion es nicht für notwendig erachtet, noch weitere Erklärungen abzugeben. Sie habe ihren Standpunkt unzweideutig dargelegt und halte daran fest.

Ein neues Kabinett Wirth?

Berlin. In den parlamentarischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß im Falle eines unvermeidlich werdenden Rücktritts der Regierung Marx-Stresemann der Versuch gemacht werden soll, **ein neues Kabinett unter Führung des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth zu bilden**, das aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten bestehen würde. Dieses Gerücht, das hauptsächlich in den deutschnationalen Kreisen verbreitet ist, wird vorläufig vom Zentrum weder dementiert noch bestätigt. Nach Lage der Dinge wäre **eine solche Lösung kaum wahrscheinlich**, aber es muß tatsächlich damit gerechnet werden, daß angesichts der vollständigen Verwirrung der Lage auch derartige Erwägungen im Gange sind.

Wie Frankreich „Friedenspolitik" treibt.

London. (Funkspruch.) Reuter meldet aus Peking, der Dampfer der französischen Schiffahrtsgesellschaft Messageries Maritimes Chantilly ist am 28. September in Hongkong mit 18 Breguet-Doppeldeckern eingetroffen, die an eine französische Firma in Nintschwang gesandt waren. Den Passagieren für Schanghai wurde mitgeteilt, daß sich die Chantilly direkt nach Nintschwang begeben und erst nachher nach Schanghai zurückkehren werde. Die Chantilly begab sich jedoch nach Dalny und lieferte die Flugzeuge ab, die hierauf mit der Bahn nach Mukden weitergeleitet wurden. Die Flugzeuge, die vom letzten Erkundungstyp sind, befanden sich in der Obhut eines französischen Fliegers, der erklärte, daß sie Verkehrsflugzeuge seien. Dem Berichterstatter der „Times" zufolge zeigte jedoch die Ausrüstung der Flugzeuge, daß sie militärischen Zwecken dienen. Zahlreiche Kisten enthielten Maschinengewehre. Die Abweichung des amtlichen französischen Postdampfers von seinem regelmäßigen Weg und seine Fahrt nach einem nicht deklarierten Hafen, um militärisches Material an einen Rebellen gegen die Regierung Chinas zu liefern, widerspricht dem Geiste des Waffenembargos, an dem auch die französische Regierung teilgenommen hat. In diplomatischen Kreisen ist der Fall daher scharf kritisiert worden. Auch der japanische Anteil an dieser Transaktion ist bezeichnend. Sowohl Frankreich als auch Japan haben ihre Neutralität im chinesischen Kampfe verkündet. Es ist jedoch Tatsache, daß jeder Postdampfer, der Marseille verläßt, militärische Ausrüstungen zur Lieferung an Tschangtsolin mit Zustimmung sowohl der französischen als auch der japanischen Regierung führt.

Der Wahlkampf in England.

)(**London.** Obwohl die Kandidaten für die nächsten Wahlen erst am Sonnabend von den Parteien bekannt gegeben werden sollen, ist es doch möglich, die ungefähre Zahl der Kandidaten, die jede Partei für die 613 Sitze des Unterhauses aufstellen wird, anzugeben. Für die Arbeiterpartei wird diese Zahl ungefähr 520 betragen gegenüber 423 bei den letzten Wahlen. Die Konservativen werden ungefähr dieselbe Zahl von Kandidaten aufstellen wie bei den letzten Wahlen, nämlich 533. Bei den Liberalen wird die Zahl von 452 auf ca. 330 sinken. Diese niedrige Zahl von liberalen Kandidaten erklärt sich dadurch, daß dort keine Kandidaten aufgestellt werden sollen, wo für sie wenig Aussicht auf Wahl besteht und wo die für sie abgegebenen Stimmen den konservativen Kandidaten schaden und der Arbeiterpartei zugute kommen würden. Dies beruht bei den Konservativen auf Gegenseitigkeit. Nur in 45 Fällen wird ein Kampf zwischen Liberalen und Konservativen stattfinden. Es ist dabei zu bemerken, daß bei den letzten Wahlen die Arbeiterpartei 70 Sitze gewonnen hat, obwohl sie in den betreffenden Wahlkreisen in der Minderheit war. Die Arbeiterpartei stellt Kandidaten auch in den Kreisen auf, von denen sie sich bei den letzten Wahlen ferngehalten hat, wohl in der Hoffnung, liberale Stimmen zu fangen.

Baldiger Abschluß der Militärkontrolle.

Berlin. Wie wir von bestinformierter Seite erfahren dürfte bei einem weiteren reibungslosen Fortgang der gegenwärtig im Gange befindlichen abschließenden Militärkontrolle der interalliierten Generalinspektion in Deutschland **mit einer baldigen Beendigung der Kontrollmaßnahmen zu rechnen** sein. Das Programm der Kontrollorgane sieht für den Monat November die letzten größeren Durchsuchungen vor und hat bereits für Anfang Dezember den Schluß **der** Inspektionen in Aussicht genommen. In den Berliner Regierungskreisen hat man den Eindruck, daß die Angelegenheit der Militärkontrolle durchaus günstig steht und auch von französischer Seite keine neuerlichen Versuche gemacht werden, die Kontrollmaßnahmen zu verlängern. Für Anfang Dezember soll die alliierte Generalinspektion den beteiligten Ententeregierungen den Schlußbericht zur Verfügung stellen, auf Grund dessen die Entscheidung über die Einstellung der alliierten Kontrolle in Deutschland gefällt werden soll.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin. Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, die seit dem bekannten Konflikt wegen der russischen Handelsvertretung ins Stocken geraten waren, konnten bisher nicht wieder aufgenommen werden, da noch eine Reihe technischer Vorfragen zu regeln war, und die Sowjetregierung dabei kein allzu großes Entgegenkommen bewies. Nunmehr sind jedoch die Haupthindernisse aus dem Wege geräumt und Anfang November wird sich eine deutsche Delegation nach Moskau begeben, um die offiziellen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Es wird sich dabei in erster Linie um den weiteren Ausbau der bisher schon bestehenden Bestimmungen und um die Grundlagen für einen deutsch-russischen Handelsvertrag handeln. Mit einem schnellen Abschluß der Besprechungen ist nicht zu rechnen, da die Russen stärker als bisher darauf bestehen werden, ihre Forderungen durchzusetzen und vor allem Deutschland keine Konzessionen zu gewähren, die allzu weit über das Entgegenkommen hinausgehen, das den andern Ländern bisher gezeigt worden ist.